

Bezugspreis:

Wochenblatt 3.-Mk. monatlich 8.-Mk. ...

Anzeigenpreis:

Die abendliche Anzeigenzeile ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 23. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Nationalversammlung für Unterzeichnung

Weimar, 22. Juni, 4 Uhr 30 Minuten nachmittags. In der Nationalversammlung wurde der Antrag Schulz-Groebner: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden“ in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 138 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Nationalversammlung hat entschieden, wie vorausgesehen war und wie die Notwendigkeit der Stunde, der Trauerstunde des deutschen Volkes, gebot.

Wir verlagern es uns, an dieser Stelle nochmals die Gründe hervorzuheben, von denen sich die Mehrheitspartei und die Regierung bei ihrer Entscheidung leiten ließen.

Auch die Anhänger der Unterzeichnung sind himmelweit von jubelnder Freude darüber entfernt, daß ihre Ansicht durchgedrungen ist.

Leider wird diese Hoffnung durch eine erneute Sorge gestört: die Formel, mit der die Regierung den Frieden nach ihrer Erklärung zu unterzeichnen beabsichtigt, enthält eine einschränkende Klausel, die über einen formalen Protest, den auch wir für richtig halten, hinausgeht.

Besonders aber stoßen wir uns an dem sachlichen Inhalt der Klausel. Wir haben schon einmal betont, daß die sogenannte „Ehrenfrage“ uns am allerungeeignetsten erscheint, um im entscheidenden Moment in den Vordergrund gestellt zu werden.

Ueber das erzwungene Geständnis des Friedensvertrages wird die Weltgeschichte sehr bald zur Tagesordnung übergehen.

Auch zu der Erklärung der Fraktion möchten wir uns eine Einschränkung erlauben. Wir werden es stets ablehnen, in diesem Frieden ein „unbedingtes Geßes, die unerschütterliche Grundlage einer neuen Volksgemeinschaft“ zu sehen.

Deutsche Nationalversammlung.

40. Sitzung vom Sonntag, den 22. Juni 1919, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Bauer, Erzberger, Hermann Müller, Noske, Schlieke, Bell, Raper, Robert Schmidt, Sieberts, Wissell, David, Dirsch, Vlos, Geß, Gradnauer.

Präsident Hebrich eröffnet die Sitzung kurz nach 12 1/2 Uhr. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Reichsministerpräsident Bauer: Der Reichspräsident hat mich mit der Bildung des neuen Kabinetts an Stelle der zurückgetretenen Regierung Scheidemann betraut.

deren erste und schnellste Aufgabe es sein muß, den Unrechtsfrieden abzuschließen.

Die Not von Land und Volk haben uns zusammengeführt. Wir dürften unsere Mitarbeit nicht verweigern, wenn wir nicht Gefahr laufen wollten, Deutschland einem regierungslosen, chaotischen Zustand zu überlassen.

Was ist die Antwort: Ja oder nein?

Die Reichsregierung kann es nur zu gut verstehen, wenn angesichts der Friedensbedingungen unserer Gegner eine helle Empörung den Engländern und die Gemütsfreiheit fortreißt.

vorüber, die Stunde des Handelns ist gekommen und damit die Stunde der Verantwortung. In dieser Verantwortung trägt jeder von Ihnen sein Teil.

Glauben Sie mir, wir hoffen, in diesem Sinne gebrüht und entschieden zu haben angesichts der Gegenwart und Zukunft unseres Volkes und unter der notwendigen Berücksichtigung des Willens der Nationalversammlung.

Am Montagabend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht vorher Ja gegeben wird.

Der „letzte Wort“ hat die Entente ihren Vorschlag vom 16. Juni gemacht. Die Reichsregierung hat davon abgesehen.

Unsere Widerstandskraft ist gebrochen. Ein Mittel der Abwendung gibt es nicht.

Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß in Würdigung all dieser Umstände und vorbehaltlich der Ratifikation durch die Nationalversammlung die Regierung sich entschlossen hat, den uns vorgelegten Friedensvertrag unterzeichnen zu lassen.

Sie erwartet in Ansehung der gemäßigten Seiten, die das deutsche Volk übernehmen muß, daß sämtliche deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mit Beginn dem 1. Juli an in unauferlegter

Folge und in kurzer Frist zurückgegeben werden. Deutschland hat die feindlichen Kriegsgewaltigen in zwei Monaten zurückgeführt. Die Regierung der Deutschen Republik verpflichtet sich, die Deutschland angelegten Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit zurückhaltender Klarheit äußern, um jeden Vorwurf einer Unaufrichtigkeit, der Deutschland jetzt oder später gemacht werden könnte, von vornherein entgegenzusetzen. Die angelegten Bedingungen überschreiten das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann. Wir führen und daher zu der Erklärung verpflichtet, daß wir alle Vorbehalte machen und jede Verantwortung abklären gegenüber den Feinden. Die über Deutschland herabgehenden Lamenten, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei härtester Anspannung des deutschen Leistungsvormögens in Erfüllung treten muß. Wir legen weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß wir:

den Artikel 231 des Friedensvertrags, der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen können und durch die Unterfertigung nicht beugen. Ebenfalls kann es ein Deutscher mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, die Artikel 227 bis 230 anzunehmen und auszuführen, in denen Deutschland zugewiesen wird, Angehörige des deutschen Volkes, die von den Alliierten und assoziierten Mächten der Besetzung internationaler Geleise und Vornahme von Handlungen gegen die Gebräuche des Krieges bezichtigt werden, zur Aburteilung auszuliefern (Weisfall.) Wir nehmen an, daß es den alliierten und assoziierten Regierungen erwünscht ist, wenn wir offen reden, sowohl was unseren guten Willen, wie auch was unsere Vorbehalte betrifft. Daher werden wir die Vollmacht zur Unterzeichnung in folgender Form geben:

„Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen.“

Meine Damen und Herren! Ich bin am Ende. Wer so über die düsterste Stunde im Leben seines Volkes sprechen muß, der sucht sich fast vor dem Vorwurf der Schönschreiberi, wenn er seinen Menden an eine Kusselung, an die endliche Verwirklichung einer besseren Zukunft zum Ausdruck bringen will. Aber ich bin überzeugt: In der deutschen Republik hätte keiner im Amt oder im Gewerbeleben, in Politik und in der Wissenschaft mehr eine Hand führen, wenn ihm der Glaube an das deutsche Volk nicht geblieben wäre. Wir haben die Arbeitslosen für fremde Rechnung, wie nie ein Volk vor uns. Wir haben vor unseren Kindern und Enkeln die Verpflichtung, Deutschland zusammenzuhalten, sowohl es uns gebietet ist. Wir müssen in der Verzweiflung dieser Zeit, die außer Rand und Band geraten ist, Ordnung und Regel der neuen Freiheit überstellen, unbestimmt darum, ob uns Schwärmer und Wirbelstöße in diesen wahrhaft demokratischen Bestrebungen verstoßen oder nicht.

Nur dank einer Vorkriegstreue bis zur Grenze unseres Möglichen, nur aus aller Entschlossenheit zum Zusammenhalten in der deutschen Schicksalsgemeinschaft, nur zum Willen zur Arbeit in allen Schichten, nur mit Disziplin, so können das Wort heute vielen Klingel, und Pflichtbewußtsein kann uns dieser Stunde noch eine Zukunft für uns erschaffen.

Es gibt keine Wundermittel und keine Märchen für die Befreiung eines Volkes.

Wohlt die Weltrevolution kann der Krankheit nicht abhelfen, an der wir liden. Nur der Revolution unserer sittlichen Bewußtseins wird und muß es gelingen, aus Nacht und Finsternis zu einer besseren Zukunft emporzusteigen. (Weisfall.)

Präsident Heberich: Es sind zwei Anträge eingegangen. Der erste Antrag Schuls (Soz.) Gröber (Zentr.) lautet: Die Nationalversammlung billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus. Der zweite Antrag: Die Nationalversammlung billigt das Verhalten der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Abg. Loebe (Soz.):

Der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion in der ersten Schlußfrage, die wir zu entscheiden haben, ist niedergelegt in folgender

Erklärung:

Die Not Deutschlands drückt uns alle, so sehr wie voneinander abzuweichen in der Verurteilung des lächerlichsten aller Kriege, des tollkühnsten aller Friedensverträge. Einig sind wir in der tiefsten Verurteilung unserer Gefühle, gewollt wie das ganze deutsche Volk empfindet die Nationalversammlung, daß der traurigste Abschluß deutscher Geschichte nun ansteht. Ob die den Willen der Nationalversammlung bestimmen, die die neue Reichsregierung beauftragen, die Unterfertigung des Friedensinstrumentes anzuordnen, oder ob die Entscheidung stehen, die diesen Friedensvertrag nicht von uns wollen und erklären: Komme, was da wolle, wir unterfertigen diesen Friedensvertrag nicht, in jedem Falle beginnt

eine Epoche härtester Verzerrung und nationalen Erniedrigung.

Wir haben für jeden dieser Standpunkte Verständnis. Wir haben Verständnis heider Ansichten in unseren Reihen. Die aber auch die Nationalversammlung einseitig, nicht nur uns, sondern auch unseren Kindern und Enkelkindern wird ein bitteres Schicksal beschicken sein. Material verarmt, moralisch niedergedrückt, geistig verflüchtigt steht das deutsche Volk durch das Tor des Friedensvertrages in die dunkelste Zukunft voller Sorgen und Leiden. Niemals wird die Schuld an diesem Kriege ausgeföhrt werden, härtester Qualen werden die Qualen, die an diesem Kriege schuld waren. (Sehr wahr!) Wir, die wir stets die Reize bekämpft und die wir während des härtesten Kriege niemals die Pflicht der Verantwortlichkeit vergaßen, die wir in der Zeit des Stechraufes

stets für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen eingetreten

sind, wir sind uns, wie stets während des Krieges, auch heute noch, da der schmerzhaft erwartete, aber bornenreiche Frieden von uns verworfen werden soll, der nationalen Verantwortlichkeit bewußt. Wenn wir dafür sind, daß dieser Friedensvertrag unterfertigt werden muß, so nur um deswillen, weil wir noch für die letzten Augenblicke, falls er nicht abgelehnt wird. (Sehr richtig!) Wir überlassen Herzen, noch unaufgeklärten Verhandlungen, noch reichlicher Prüfung aller Folgen haben wir uns doch zuletzt entschließen müssen,

dieses Friedensinstrument anzunehmen.

Wir wissen, daß wir damit vor der Weltöffentlichkeit die Verantwortung tragen, wissen, daß wir die kommende Generation und nicht nur uns belasten, aber wenn ein unsere Kinder Rechenenschaft verlangen werden für die Verpflichtungen, die wir ihnen und nach ihren Nachkommen auferlegen,

so sagen wir ihnen schon heute, daß für all dieses Qualität nicht die verantwortlich sind, die jetzt dem fürchterlichsten aller Kriege ein Ende machen, sondern jene, die ihn herbeigeföhrt haben. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten. Der Imperialismus und der Militarismus haben diesen Krieg hervorgerufen.

Die schlagen der Arbeiterklasse Deutschlands und der ganzen Welt mit dem uns aufgezwungenen Kriege tiefe Wunden. Wir können jetzt nichts anderes. Aber über sein können kann niemand beschließen werden. Jede Widerstandskraft gegen diesen Friedensvertrag fehlt uns, deshalb müssen wir ihn ertragen. Wir wissen, daß es auch beim besten Willen und beim

eifrigsten Bemühen nicht möglich sein wird, die Bedingungen des Friedens auszuführen. Wir sind der Überzeugung, daß auch die Friedensbedingungen nicht zur Tat werden können. Die sozialdemokratische Partei hat sich seit dem Zusammenbruch des alten Deutschlands der Erkenntnis nicht verschlossen, daß unser Volk große Opfer werde auf sich nehmen müssen, um zum Frieden zu gelangen. Die Friedensregierung hat alles getan, der gegenwärtigen Meinungen die Unausführbarkeit ihrer Friedensbedingungen nachzuweisen. Unsere Parteigenossen in Frankreich, England und Italien und alle sonstigen Freunde eines gerechten und dauernden Friedens in allen Ländern haben manden Entschieden und unüberwindlich begründeten Einspruch gegen die unmöglichen Friedensbedingungen erhoben. Aber alle diese Bemühungen haben nicht den erhofften Erfolg gehabt. Die sozialdemokratische Partei hat sich die Zweideutigkeit der Signalmänner des alten Schicksals belümpelt. Jetzt, da wir in unserem jungen Freistaat auf der Grundlage des denkbar freiesten Wahlrechts die stärkste Partei in der Nationalversammlung sind, in der Reichsregierung gebunden sind, verlangen wir, daß die Regierung mit der früheren Unausführbarkeit im Spruch gegen die endgültig bricht und nicht lediglich formelle Verträge abschließt, um sie schlecht zu machen, sobald es ihr zweckmäßig erscheint. Der neue Friedensvertrag soll vielmehr für alle Völker, also auch für uns,

unbestimmtes Wesen,

unerschütterliche Grundlage einer neuen Völkergemeinschaft werden. Die Pflicht einer offenen oder verdeckten Nichtbeachtung der Friedensbedingungen darf niemals wieder im deutschen Volk noch bei der Regierung auftauchen. Im schreienden Gegensatz zu unsern Grundgesetzen bestehen die feindlichen Staatsmänner auf der Unterfertigung dieses in wesentlichen Teilen undurchführbaren Friedensvertrages. (Zurück weichen! Wo also!) Verweigern wir sie, so wird der Krieg von neuem ausbrechen. Wir müssen uns deshalb entschließen, ob wir einen Gewaltfrieden schmerzlicher Art unterzeichnen, oder ob wir unser Land und unser Volk großem Leid, Leiden und Verlust ausliefern wollen. Es gibt ein Mittel, die undurchführbaren Friedensbedingungen von unserm Volk fern zu halten — keiner von uns würde zögern, von ihm Gebrauch zu machen. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten.

Aber es gibt keine Wundmittel.

Wir wollen und wir können unser Volk nicht von neuem zu den Waffen rufen. Unser Volk ist durch den langen Krieg und seine Wirkungen wirtschaftlich, körperlich und seelisch zu sehr verarmt, als daß wir auch nur auf kurze Zeit der Hebermacht der Gegner würden handhaben können. Unsere Kriegsgefangenen würden auf unabsehbare Zeit in fremder Abhängigkeit zu Schmach haben, weitere Hunderttausende von Menschen würden in den Tod getrieben, unser Land würde zu einer Wüste, die keine vernichtet, unsere Volkswirtschaft ihrer letzten Werte beraubt, die Zukunft von Lebensmitteln würde abgegriffen, unsere wichtigsten Lebensbedürfnisse schmelzt, auch die Verfügung über unsere Lebensmittel im Inland zur Unmöglichkeit gemacht werden; unsere Gegner können uns unsere letzten Kohlen rauben und alle Betriebe stilllegen. Einem solchen furchtbaren Druck vermag unser Volk nicht lange standzuhalten. Jeder tödliche Widerstand oder würde nach den brutalen Regeln des Kriegesrechts zu unabsehbarem Blutvergießen und Verwundungen führen. Nach langer Zeit müßten wir uns bedingungslos unterwerfen und doch den Frieden unterzeichnen, der noch härter werden würde. (Sehr richtig!) Die gegenwärtigen Regierungen würden ihre Lebensmacht zur Verhängung aller Freiheiten, die die Revolution unserer Völker gebracht hat, ausnützen, sie würden das deutsche Reich völlig zerstückeln und der dauernden Fremdherrschaft unterwerfen. Das arbeitende Volk würde unter den doppelten Lasten des schärfsten Arbeitszwanges und des Hungers schrankenlos ausgebeutet werden. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten. Wenn wir uns diesen Erregungen die Annahme des Friedensvertrages billigen, so sind wir bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen. Das ist die unermessliche Folge des Krieges. Was aber undurchführbar ist, bleibt auch nach unserer Unterfertigung undurchführbar.

Ein entrostetes, verhungertes Volk ist arbeitsunfähig,

ein verarmtes Volk aber ist nicht nur um sein eigenes Lebenswohl betrogen, es beträgt auch seine Vorgesessenen (siehe richtig!), deshalb muß, was an den Friedensbedingungen unmöglich ist, in friedlichen Verhandlungen durch verständliches Entgegenkommen beseitigt werden. Will man das deutsche Volk heilen, so viel von dem Friedensvertrag als überhaupt möglich ist, durchzuführen, dann darf man die weitgehende Sozialreform in Deutschland nicht vernachlässigen und ihre Weiterentwicklung aufhalten. Kapitalistische und imperialistische Elemente haben diese Nachsicht der Sozialdemokratie in Deutschland immer mit Furcht und Mißtrauen betrachtet, weil sie ihren eigenen Arbeitern und Arbeiterinnen das Leben retten wollten, was die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zur Schirmung unserer Arbeiterklasse gegen die Verleumdung durch den Sozialismus erzwungen haben. (Sehr richtig!) Bei den Soz. Deutschland war den Staatsmännern der Entente kein Verzicht auf Anheben und Aufschwung des Sozialismus. (Sehr richtig!) Bei den Soz. Der Krieg hat Kapitalismus und Imperialismus und abgegriffen durch Friedensbedingungen, die der deutschen Arbeiterklasse

den Weg zur Erlangung des Sozialismus verscherrt haben.

Es ist deshalb das härteste Schicksal der sozialdemokratischen Partei, der Vorläuferin der Arbeiterbewegung und -gewerkschaft, für diesen unglückseligen Friedensvertrag stimmen zu müssen. Niemals mehr als in dieser Stunde empfinden alle Arbeiter unserer Partei, daß

bei voller Treue zur Internationalen zu unserm Volke

stehen, und daß wir bereit sind, für unser Volk einzustehen und ihm alles zu opfern. (Weisfall bei den Soz.) Am beschleunigten Ablauf haben sich die Arbeiter als die treuesten Hüter unserer nationalen Gemeinschaft bewährt (Weisfall bei den Soz.), in Not und Gefahr ohne Furcht vor Herkules und Demosthenes sind sie eingetreten für die Einheit des deutschen Volkes. Wie die neuen Vorkämpfer unserer Sozialdemokratie, Marx und Engels, Debel und Bebel, im Gegensatz zu Schmidts Sozialreformismus, so treten wir für ein Großdeutsches, für die Einheit aller Völker ein, die an der Donau und an der Elbe, an der Weser und an der Rbe, an der Oder und an der Mosel von einer deutschen Mutter deutsch sprechen gelernt haben. In dieser Schicksalsstunde verlangen wir für eine bessere Zeit die Vereinigung mit unseren durch den Krieg vertriebenen Kameraden niedergerückten Brüdern und Schwestern in den Subalternländern wie in Wien und München, in Prag und in Berlin. (Weisfall.) Je besser das deutsche Volk niedergedrückt ist, desto treuer werden die deutschen Arbeiter zu ihm stehen. So hat die Friedensbedingungen auch sind, wir werden zeigen, daß deutsche Wissenschaft und Kunst, deutsche Technik und deutsche Arbeit unser Volk wieder aufbauen und seine geistige und soziale Erneuerung bringen werden. (Weisfall bei den Soz.) Die Welt liegt in Trümmern, wir wollen sie neu aufbauen helfen im Geiste der Völkervereinigung, auf der Grundlage des Rechts, im Raube mit der ewigen Idee der Gerechtigkeit. (Weisfall bei den Soz.)

Der Antrag Schuls-Abgeordneter liegt nunmehr in besonderer Fassung vor: Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus.

Abg. Gröber (Zentr.):

Die Zentrumsfraktion nimmt den Beschlüssen der Regierung zu und wird die neue Regierung, an deren Zusammensetzung sie sich beteiligt hat, unterstützen. Für diese Stellung des Zentrums ist ausschlaggebend Gesichtspunkt, daß wir einen neuen Krieg unter allen Umständen vermeiden müssen. (Sehr richtig! Laut und Beifall.) Wenn wir aber überhaupt unsere Zustimmung ausprechen, so kann das nur bedeuten, daß wir damit die Verpflichtung übernehmen, so weit es menschlich möglich ist, den Vertrag durchzuführen. Diesen schweren und kaum schätzbaren Bedingungen stehen eine Reihe von Tatsachen gegenüber, die wir auch in Rechnung stellen müssen. Der Friedensvertrag bringt Hunderttausende von Gefangenen in die deutsche Heimat zurück. Dazu kommt aus der Friedensvertrag das Ende der Hungersnot. Schließlich kann und allein der Friedensvertrag die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaues verschaffen. Nach ein: der Friedensvertrag bietet auch die Möglichkeit, die deutsche Einheit, wenn auch geschwächt, aufrechtzuerhalten. Unsere Zustimmung zu dem Friedensvertrag aber findet eine Grenze. Diese unüberwindliche Grenze ist die

Absticht auf die nationale Ehre

des deutschen Volkes. (Weisfall bei den Soz.) Wir können uns nicht dazu hergeben, eine Lüge anzuerkennen, wie die in dem Artikel enthalten ist, in dem Deutschland anerkennen soll, daß es der alleinige Urheber des ganzen Krieges ist. Das ist eine Unmöglichkeit, und wir wollen diese Lüge nicht als eine Belastung des deutschen Volkes für alle Ewigkeit festlegen. (Weisfall bei den Soz.) Wir weisen auch die Schwach und die Saubere der Auslieferung deutscher Angehöriger an ein feindliches Kriegsgericht wegen angeblicher Verfehlungen zurück. Die Ehre des deutschen Volkes preisgeben, kann uns kein Mittel zumuten. (Weisfall bei den Soz.)

Abg. Schiller-Mogeburg (Dem.):

Im Gegensatz zu den beiden Vorgesessenen muß ich dem Hause mitteilen, daß die weitläufig überwiegende Mehrheit meiner Partei sich entschlossen hat, dem vorliegenden Friedensschluß ihre Zustimmung zu verweigern. (Weisfall bei den Demokraten.) Diesen Entschluß haben wir nicht in Eile und Hast, sondern in sorgfältiger Prüfung hat in und die Überzeugung befestigt, daß ein solcher Friede unvereinbar wäre mit der wirtschaftlichen, geistigen, intellektuellen, moralischen und politischen Fortentwicklung des deutschen Reiches und des deutschen Volkes. (Sehr richtig! recht und bei den Demokraten.) Deshalb haben wir

das Nein ausgesprochen

müssen. Alles, was die beiden Vorgesessenen heute gesagt haben, hätten sie auch am 12. Mai sagen können. (Sehr richtig! bei den Demokraten.) Was ist seitdem geschehen, um von der damaligen Stellungnahme abzugehen? Nichts, oder so gut wie nichts. (Sehr richtig! recht und bei den Demokraten.) Wir haben den Gegenüberliegenden unserer Regierung geschickt, trotzdem sie bis an die alleräußersten Grenzen des Möglichen und Erträglichen gingen. Wir haben uns bis in die letzte Stunde bemüht, neue Bedingungen zu finden, um wenigstens die oberflächlichsten Bestimmungen zu bekräftigen. Wir haben die Folgen des Ja und Nein genau geprüft und sind in unserer überwiegenden Mehrheit zur Ablehnung des Vertrages gekommen, und nur eine verhältnismäßig kleine Minderheit, die in ihrer Überlieferung des Vertrages mit uns übereinstimmt, glaubt, die Ablehnung des Vertrages nicht demotivieren zu können. In unserer Stellungnahme lagen uns auch das Programm der Regierung nicht vor, nicht machen. Eine Zustimmung zum Friedensvertrag ist nur möglich auf der Grundlage der Freiheit. Wir lehnen daher

jede zwangsweise Erfüllung unserer Verbindlichkeiten ab,

auch wenn sie sich unter der schamhaften Bezeichnung der Planung und Wirtschaftlichkeit verheißt. (Weisfall bei den Demokraten und recht.) — (Weisfall bei den Demokraten.)

Unsere Stimmenabstimmung ist keine Hilflosigkeit oder Untätigkeit, sondern bedeutet nichts anderes als die Aufhebung der Freiheit unseres Handelns. Wir wollen die Hände zusammenheben und arbeiten. Wir wollen in Liebe zu unserm Volk, im Glauben an seine unerschöpfbare Kraft und im festen Vertrauen auf eine ewige Gerechtigkeit an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes auf festestem Grunde arbeiten. (Weisfall bei den Demokraten.)

Genügend unterstützte Anträge auf namentliche Abstimmung über das Veritauensvotum und über die Friedensfrage lauten ein.

Abg. Graf Posadowski (Deutschent. V. B.):

Wir können der neuen Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen. Wir haben uns alle Sorgen überlegt, die eine Ablehnung des Friedensvertrages mit sich bringen muß. Aber diese Folgen sind nur vorübergehend, während der Vertrag ungeschätzte Generationen unseres Volkes dem Abgrund preisgeben würde. (Sehr richtig! recht.) Deshalb muß das lebende Geschlecht den Todestanz befehlen, bis gegenwärtigen Folgen zu ertragen, um die Zukunft zu retten. (Weisfall bei den Soz.) Für uns ist der Vertrag,

nach wie vor unmöglichbar.

Die Schall Deutschlands ist keineswegs erloschen. Wenn wir diesen Vertrag ablehnen, so haben wir auf dem Standpunkte der früheren Regierung; deren Gegenüberstände weisen Seite für Seite klar nach, daß der Vertrag für uns unerträglich, unerschütterlich und unannehmbar ist, was am dem Vertrag geändert ist, wiegt schwerlich. (Weisfall bei den Soz.)

Präsident Heberich: Ich muß die zweite Kategorie der Unmöglichkeit des Friedensvertrages wiederholen.

Ministerpräsident Sauer:

Graf Posadowski hat sich geäußert, daß die Regierung, ehe sie etwas geleistet habe, sich bereits ein Veritauensvotum ausstellen lassen wolle. Das ist unrichtig. Graf Posadowski hat die Beschlüsse des Reiches über die vorläufige Reichsregierung nicht beachtet. Es besagt: „Die Reichsminister berichten für ihre Amtsführung dem Reichsrat der Nationalversammlung.“ Es handelt sich also nicht um Vorläufiges, sondern um die Erklärung einer verfassungsmäßigen Reichsregierung. Graf Posadowski hat die Unmöglichkeit der Erfüllung des Friedensvertrages geltend gemacht, ich halte ihm darin bei, darin sind wir einig. Aber es hat es verschiedene Mittel und Wege angedeutet. (Weisfall.)

Abg. Deike (U. Soz.):

Der Friedensvertrag ermöglicht auch nach den strengsten Konzeptionen nicht unseren Grundgesetzen. Wenn wir ihn irrtümlich annehmen, so geschieht es unter der zwingenden Gewalt. Wenn wir ihn aber bei nächster Austragung nicht erfüllen können, müssen wir die Gegner sich damit abfinden; wo nicht ist, hat auch die Entente ihr Recht verloren. Die Ablehnung würde dem Frieden kein bedeuten. Wenn der zwei Punkte der Schuld an dem Kriege und der Auslieferung der Schuldigen darf der Vertrag nicht scheitern. Von diesen Vorbehalten wird gebeten im Friedensvertrag noch nicht die Rede. Es ist nicht richtig, daß wir den Vertrag unterzeichnen wollen. Wir haben stets und insbesondere am 12. Mai ausgesprochen, daß die Regierung unbedingt erst die Bedingungen und Verantwortlichkeiten erfüllen muß, und daß dann allerdings, wenn sie herbeigeholt habe, was herauszuholen ist, unterzeichnet werden muß. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Wir haben allerdings im Gegensatz zu Ihnen (zu den Soz.) auf dem Stand-

Eine Note der neuen Regierung.

Weimar. Der Reichsministerpräsident hat im Namen der Reichsregierung heute nachmittag durch den Gesandten von Daniel zugleich mit dem Abstimmungsresultat der Nationalversammlung über die Vertrauensfrage eine Note überreichen lassen, in der es u. a. heißt: Die Regierung der deutschen Republik ist durch das am 23. Juni ablaufende Ultimatum vor die Entscheidung gestellt, den Friedensvertrag zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung zu verweigern. Das deutsche Volk will nicht die Wiederaufnahme des blutigen Krieges, es will aufrichtig einen dauernden Frieden. Angesichts der leidenschaftlichen Kundgebungen der Bevölkerung aus den im Osten abzutretenden Gebieten sieht sich die Regierung genötigt, alle Verantwortung für etwaige Schwierigkeiten, die aus dem Widerstand der Bewohner gegen ihre Loslösung von Deutschland sich ergeben könnten, abzuweichen. Die Regierung ist aber bereit, die Forderung der Alliierten unter nachstehendem Vorbehalt zu unterzeichnen:

Das deutsche Volk erwartet die Rückgabe sämtlicher deutschen Gefangenen vom 1. Juli ab. Die Regierung verpflichtet sich, die Friedensbedingungen zu erfüllen, muß aber betonen, daß die Bedingungen das Maß dessen überschreiten, was Deutschland tatsächlich leisten kann und daher jede Verantwortung gegenüber den Folgen ablehnen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn die Unabwägbarkeit der Bedingungen auch bei schärfster Aufmerksamkeit der deutschen Leistungsfähigkeit in die Erscheinung tritt. Sodann folgt der Vorbehalt wegen der alleinigen Heberherrschafft Deutschlands am Kriege und der Ablehnung der Artikel 227 bis 230. Schließlich wird die Erwartung ausgesprochen, daß die feindlichen Regierungen die nachstehende Erklärung als wesentlichen Bestandteil des Vertrages ansehen werden:

Innerhalb zweier Jahre vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages ab gerechnet, werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem Hohen Rat der Völker, so wie er vom Völkerbund nach Artikel 10 festgesetzt ist, zur Nachprüfung unterbreiten. Vor diesem Hohen Rat sollen die deutschen Bevollmächtigten dieselben Rechte und Vorrechte genießen, wie die Vertreter aller anderen kontrahierenden Mächte des gegenwärtigen Vertrages. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die freie, gleichberechtigte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands behindert wird.

Es folgt sodann die bereits gemeldete Zustimmungsförmel der Reichsregierung.

punkt, daß man nicht mit Kokainmethoden internationale Verhandlungen führen kann. (Sehr richtig! bei den U. S. G.) Es verzieht sich nach unserer Haltung von selbst, daß wir dieser Regierung

ein Vertrauensvotum nicht erteilen können.

aber mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages sind wir einverstanden, der angenommen und wahrgenommen werden muß ohne Einverständnis und Hinterhältigkeit. Die Entente läßt eine gefällige Antwort mit Vorbehalt nicht zu, und wir brauchen den fortwährenden Frieden, um mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Die Forderungen der letzten Wochen in Frankreich, Italien und England betreffen, daß die Arbeiterklasse dort überall erhardt und große Demonstrationen im Gange sind. Gewiß, es wäre richtig, wenn man auf eine in den nächsten Wochen sich vollziehende Weltrevolution rechnen möchte. Sie führt weiter vorwärts, sie ist unaufhaltsam, aber es geht nicht so rasch, wie wir es wünschen. Trotzdem haben wir die Absicht, daß der Friedensvertrag schließlich durch die Solidarität des internationalen Proletariats abgeändert wird.

Ministerpräsident Bauer:

Der Hg. Bauer hat erklärt, die Regierung habe eine Kohlenpolitik betrieben, weil sie erklärte, der Friedensvertrag sei unannehmbar. Von Kohlenpolitik verstehen alle Mitglieder der beteiligten Völker nicht so viel wie der Hg. Bauer. (Große Heiterkeit.) Herr Bauer erklärte, kein Mensch, insbesondere nicht die Entente, habe an das Unannehmbar geknüpft, soweit das zuträffe sollte. Wer trägt denn die Schuld daran? Die unabhängige Sozialdemokratie (Sehr richtig! und lebhafter Zustimmung), die fortgesetzt gefordert hat: der Vertrag muß unterzeichnet werden. Herr Bauer, jeder gesellschaftlich organisierte Arbeiter weiß, daß diese Forderung selbst ist, denn wenn ich überhaupt verhandeln will — und mit Verhandlungen auf Änderung des Vertrages ist ja auch Ihre Partei einverstanden —, dann darf ich nicht von vornherein erklären, daß ich unterschreibe, auch wenn mir keine Konzessionen gemacht werden.

Hg. Kohl (D. Sp.):

Die deutsche Sozialpartei lehnt einmütig diesen Frieden ab und sieht sich daher auch zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, einer Regierung, die eben zu diesem Zwecke sich gebildet hat, diesen Vertrag zu unterzeichnen, ihr besonderes Vertrauen zu bekunden. Der bloße Protest hilft nicht, auch eine Unterzeichnung mit Protest ist eine Unterzeichnung. In unserem Volke gibt es noch viele Tausende, die da meinen, daß wir uns jetzt nicht vor der Gewalt beugen, sondern lieber über uns ergehen lassen sollen, was an Leiden unvermeidlich ist. (Lebhafter Beifall rechts.)

Hg. Öhring (S. G.):

Im Namen der sozialdemokratischen Vertreter der Volkspartei, die durch diesen Friedensvertrag unmittelbar vor der Sozialpartei

von Deutschland losgerissen

zu werden, habe ich zu erklären: Wir erheben voll heißen Schmerzes unsere Stimme, um in leidenschaftlicher Weise gegen die Losrennung unserer Heimat vom Mutterlande Protest zu erheben.

Was uns unsere Heimat nicht dauernd zum Schauplatz neuer blutiger Kämpfe zu machen und unsere Frauen und Kinder nicht erneut den Schrecken des Krieges auszuliefern, haben wir uns demnach mit blühendem Herzen entschlossen, dem Friedensvertrag unsere Zustimmung zu geben. Wir erklären aber in dieser feierlichen Stunde vor aller Welt und vor der Geschichte, daß wir und die Männer und Frauen, die uns durch ihr Vertrauen in die Nationalversammlung gebracht haben, deutsch sind und deutsch bleiben werden. (Lebhafter Beifall.)

Im Schlußakte wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Die Rechte protestiert hiergegen in längerer Geschäftsordnungsdebatte.

Unter großer Unruhe wird zunächst zur Abstimmung geschritten. Das Abstimmungsresultat bringen wir an der Spitze des Blattes. Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Montag, 9 Uhr. Indesessen: Welche über die vorläufige Regelung des Reichshaushaltes, über die Reichsenergiegemeinschaft, die Bundeskrankenkasse u. a.

Die internierte deutsche Flotte versenkt.

London, 21. Juni. Reuters meldet amtlich: Alle in der Scapa-Flow internierten deutschen Schiffschiffe und Schlachtschiffe mit Ausnahme des Schlachtschiffes „Baden“ sind versenkt worden. Die Schiffe wurden fünf leichte Kreuzer versenkt, während die übrigen drei durch dort befindliche Schleppdampfer auf Strand gesetzt wurden. Vierzehn Zerstörer wurden auf Strand gesetzt, vier sind schwimmend, der Rest ist versenkt. Der deutsche Kommandant und die meisten Deutschen von Bord der Schiffe befinden sich unter Bewachung auf britischen Kriegsschiffen. Einige Boote von den Schiffen, die zum Stoppen aufgebracht wurden, weigerten sich, dies zu tun und wurden beschlagnahmt. Eine geringe Anzahl Deutschen wurde getötet oder verwundet. Entsprechend den Waffenstillstandsbedingungen waren die Schiffe mit geringen deutschen Besatzungen ohne britische Wache an Bord interniert gewesen.

London, 21. Juni. (Reuters.) Ein Telegramm aus Edinburgh meldet: Es waren Vorkehrungen getroffen worden, um die deutsche Flotte am Montag zu versenken, falls der Friede geschlossen würde, da die Schiffe in diesem Falle automatisch an die Alliierten übergegangen wären. Die deutschen Besatzungen der jetzt versenkten Schiffe hatten diese Absicht indessen vorzugsweise.

Die Unruhen in Mannheim.

Plünderung eines Lebensmittelagers.

Mannheim, 22. Juni. (Eigener Deutscher Bericht des „Vorwärts“.) Bei dem gestrigen Sturmloos gab es insgesamt 11 Tote, 28 Schwerverletzte und 20 Leichtverwundete. Ein größtes Lebensmittelager wurde vollständig ausgeraubt. Kleidergeschäfte und Nahrungsmittelhäuser wurden geplündert. Von den Verletzten wurden mehrere schwer verletzt. Bei dem Angriff auf das Schloß und die Kaserne in der Jüdischen wurden mehrere Personen getötet. Auffallend ist, daß sehr viele Jugendliche darunter sind. Eine sehr merkwürdige Rolle spielt der U. S. P. Führer Kemmele, der versuchte, ähnlich wie Ernst Thälmann in Berlin, das Freiwilligenbattillon auf die Seite der U. S. P. zu ziehen. Er holte sich natürlich eine Abfuhr.

Belagerungszustand in Kassel.

Kassel, 22. Juni. Ueber die Vorgänge, die zur Verhängung des Belagerungszustandes in Kassel geführt haben, wird gemeldet: Einzelne gestern hier eingetroffene fragewürdige Elemente zirkelten sich mittags zu Plünderungen zusammen, die denartig monoton ausgeführt wurden, daß man die jeweilige Plünderung eines Geschäfts bald nach Beginn aufgab und ihre Fortsetzung dem Janagel überließ. Nach den Plünderungen im Zentrum raubte man nächst auch mehrere Warenhäuser in der Altstadt aus. Die Sicherheitsorgane waren für die völlig machtlos und beschränkten sich auf die Sicherung der öffentlichen Gebäude. Versuche, das Landgerichtsgesängnis zu stürmen, in dem sich Schwerverbrecher befinden, wurden abgewiesen. Ebenso mußten die Spezialisten vor dem Polizeipräsidium wieder abziehen, moogen es ihnen gelang, ein Magazin des Präsidentsdepots in die Hände zu bekommen. Später wurden sie jedoch daraus vertrieben. Im Laufe der Unruhen mußte der Straßenbahnverkehr eingestellt werden. Die Schieberien dauerten bis Mitternacht an, und es gab eine Anzahl Tote und Verwundeter auf Seiten der Aufständischen, während die Sicherheitsmannschaften nur zwei Verletzte meldeten. Gegen Mitternacht gelang es, die Hauptstraßen zu säubern und die Aufständischen vor dem Hauptpostamt zu vertreiben, gegen das mehrere Schüsse abgegeben worden waren.

Kriegsminister Reinhardt dankt ab.

Berlin, 22. Juni. Kriegsminister Reinhardt hat um seinen Rücktritt ersucht, da er entgegen der Fassung des neuen Reichslohntarifs gegen die Unterzeichnung des Friedens ist. Sein Rücktritt wurde vom Reichspräsidenten genehmigt, doch nimmt Reinhardt an den Sitzungen des Kriegsministeriums als Berater teil. Berlin, 22. Juni. Amtlich. Die in verschiedenen Morgenblättern vom 20. Juni veröffentlichte Nachricht, daß in Weimar im Schloß Bellevue sich die Mehrzahl der dort versammelten Führer der Freiwilligen Truppen für Unterzeichnung des Friedensvertrages ausgesprochen habe, ist unrichtig.

General v. Pfennig wünscht, um fernöstlichen Auffassungen vorzuziehen, die Bekanntheit, daß er gegen die Annahme des Friedens ist. Wir sind einer irrtümlichen Auffassung um so weniger unterworfen, als unter Auffassungsvermögen gegenwärtig von wesentlichen Dingen in Anspruch genommen wird.

Der Verband inaktiver Unteroffiziere hat dem Reichsminister den Vorschlag mitgeteilt, die demokratisch-sozialistische Regierung mit den Waffen in der Hand gegen gegenrevolutionäre Angriffe zu verteidigen.

Genosse Que bittet um Mitteilung, daß er bei den Besatzungen in Weimar, an denen er nicht teilnehmen konnte, gegen die Annahme des Friedens gestimmt hätte. Wie die anderen Genossen der Minderheit sagt er sich der Disziplin und stimmt für Annahme.

Deutscher Sozialistentag.

Konferenz für Einigung der Sozialdemokratie.

Die am Sonntag abgehaltene Sitzung begann mit einem Referat von Eduard Barckhausen über sozialdemokratische Auslandspolitik. Der Redner betonte, daß auf dem Parteitag in Weimar kein Referat, die eine Grundfragestellung gewesen und geteilt gewesen sei, der deutschen Sozialdemokratie ihren Weg in der Internationale wieder zu sichern, eine Protestresolution gegen die Friedensbedingungen angenommen worden sei. Seine Resolution hätte neben der anderen angenommen werden können. — Er habe auf dem Parteitag angeführt, die Friedensbedingungen seien schwer, aber man solle nicht vergessen, daß wenn Heibel davon notwendig seien. Daß neun Heibel beabsichtigt oder gerade sein, habe er nicht gesagt. — Hinsichtlich der Grenzschleppung im Osten orientiert der Redner den Standpunkt, daß in Weimar und Oberelben das Volk entscheiden solle, ob es zu Deutschland oder Polen gehören wolle. Vom Standpunkt der Sozialdemokratie sei es Aufgabe der auswärtigen Politik der deutschen Republik, alle Beziehungen, die in Sonderbänden zu entwickeln, die ihre Spitze gegen andere Nationen richten, zurückzunehmen und bei jeder Gelegenheit den guten Willen zu bekämpfen, mit allen Mitteln in Frieden und Freundschaft auf dem Wege der Gleichberechtigung zu leben. — Redner erklärte sich gegen die Konventionstaktik, weil es unüberbär sei, daß wir zu einem Bündnis mit Frankreich gegen England kommen könnten.

Redner billigt die Unterzeichnung des Friedensvertrages und bedauert, daß sich die Unabhängigen bei dieser Gelegenheit ferngehalten haben. Bei diesem Anlaß hätten beide sozialdemokratische Parteien zusammengehen müssen (sehr richtig!), wie die Redner

bei einem Streit auch zusammengehen ohne Rücksicht auf das, was sie sonst trennt.

Die Korreferentin Wallh Seyler vertrat die Idee der Kontinentalpolitik. Der von ihr bejammerte Bund Deutschlands mit Frankreich richte sich nicht gegen andere Völker, er sei bedingt durch wirtschaftliche Notwendigkeiten. Was ihm werde mit der Zeit ein Bund der ganzen Welt heranziehen, der die Grundzüge der sozialdemokratischen Gerechtigkeit zur Wahrheit mache. Der Bedanke der Kontinentalpolitik sei nicht anders als die Heberzeugung der sozialdemokratischen Forderung der Gemeinwohlfahrt auf die Außenpolitik.

Ed. Bernheim trat den Ausführungen der Korreferentin entgegen. — Dann wurde gegen 19 Stimmenthaltungen die folgende von ihm beantragte Erklärung zum Friedensvertrag angenommen:

Hinsichtlich derjenigen Bestimmungen in dem der deutschen Republik von den alliierten und assoziierten Mächten aufzunehmenden Friedensvertrag, die dem deutschen Volk selbst beim besten Willen nicht einschließende finanzielle Verpflichtungen auferlegen, es handelspolitisch drückender Ungleichheit unterwerfen und mehr als zwei Millionen Deutscher unter Fremdberrschaft bringen, setzt die deutsche Sozialdemokratie ihre Hoffnung ausschließlich auf die Ausbreitung des sozialdemokratischen Regimegebaltens in den Ländern jener Mächte. Von seiner Auswirkung auf deren Politik erhofft sie die Ermäßigung der fürchterlichen Kosten und eine solche endgültige Lösung der Gebietsfragen, bei der alle Völker zu ihrem Rechte kommen. Sie weist aber jeden Gedanken an einen Vergegenwärtigung, in welcher Form oder unter welcher Form er auch erstrebt werden mag, schon jetzt auf das entschiedenste zurück. Sie bleibt unentwegt die Partei des Völkere Friedens, wie sie die Partei der Befreiung des Ausgebeuteten und Unterdrückten und die Partei des demokratischen Rechts bleibt. Unter der Parole „Recht für alle Völker“ kämpft sie für das Recht des deutschen Volkes.

Folgende Resolution Dr. Reimer wurde ebenfalls angenommen: Die Einigungskonferenz fordert, daß die Bestimmungen der Völker nicht mehr bestimmt werden durch das Streben nach Herrschaft und Vordringung, sondern durch die große menschliche Idee der gegenseitigen Achtung, Gerechtigkeit und Freundschaft, die zum Bund gleichberechtigter Völker und zum dauernden Frieden führen muß. Die Voraussetzung dazu stellt die Konferenz in dem Erfolge der sozialistischen durch die sozialistische Gesellschaft.

Vom Parteivorstand der S. P. D. ist ein von Hermann Müller unterzeichnetes Schreiben eingegangen. Der Parteivorstand bedauert, daß kein Bericht wegen der sozialdemokratischen Entscheidungen in Weimar die Konferenz zu verabschieden, nicht erfüllt worden sei, und es bedauert an derselben nicht teilnehmen konnte.

Es folgt der dritte Punkt der Tagesordnung:

Das Rätekystem.

Der Referent Kallist (S. P. D.) sagte u. a., der Rätegedanke werde sich durchsetzen, auch wenn die offiziellen Parteigruppen nichts davon wissen wollen. Weigen und Bedeutung des Rätekystems seien noch sehr wenig bekannt. Das ganze Rätegedanke wurde, sei nichts als abgedroschene Agitationsspielerei. (Lebhafter Beifall.) Redner kritisiert in scharfen Worten die nach der Revolution betriebene Politik. Die Hoffnung der Massen sei nicht erfüllt worden, weil es an einer selbstbestimmten Führung fehle. Die Massen, die sich fürberies haben, seien infolge dessen in die Anarchie verfallen und Verwirrung geraten, in der wir sie sehr sehen. Wir sind eine neue Wirtschaft aufzubauen, habe man nur die Massen verheut. (Stürmischer Beifall und Wutausbruch.) Vor allem hier alles getan werden müssen, um die landwirtschaftliche Produktion zu heben. Die für Landwirtschaft geeigneten Arbeitslosen der Industrie hätten, nötigenfalls durch Zwang, der Landwirtschaft zugeführt werden müssen. Aber dazu habe der Regierung der Mut gefehlt. — Wenn wir uns nicht auf politische Arbeit konzentrieren, dann kommen wir nicht zur Einigung. Die Produktion muß so geregelt werden, daß die Arbeiter in ihr die volle Mitbestimmung und noch mehr die volle Mitverantwortung haben. Der Rätegedanke, den die U. S. P. vertrete, erhebe sich nach Kallistigkeit. (Beifall.) Durch Arbeit und Selbstbestimmung werden wir zum Aufbau des Sozialismus kommen. (Sehr starker, langanhaltender Beifall.)

Der Korreferent Böbbke (U. S. G.) eröffnet seine Rede mit einer Kritik der Auffassungen Kallists und anderer Angriffe auf die S. P. D., die daran schuld sei, daß jetzt eine solche Herabwürdigung in der Arbeiterwelt herrsche. Die Regierung arbeite mit Hochmut gegen den Sozialismus und für den Wiederaufbau der kapitalistischen Gesellschaft. Cohen, der jetzt so warm für die Arbeiterklasse einträte, sei nicht davon, daß die Sozialisten beiseite gelassen werden. Der Redner kommt zu dem Schluß: Die Einigung des Proletariats müsse erfolgen auf dem Boden des Rätekystems. Eine Verschmelzung der Parteien sei nicht möglich, weil die Gegensätze zwischen ihnen zu groß seien. Unsere Aufgabe — sagt der Redner — kann nur sein, in unserer Partei auf eine Revision des Parteiprogramms hinzuwirken, das ein Programm des Proletariats und nicht nur das Programm einer Partei ist. Dazu wird die U. S. P. durch einen fröhlichen Stroh getrieben werden müssen. Als politische gleichberechtigte Partner sind die Arbeiterparteien aus der Revolution hervorgegangen. In dieser Form müssen sie erhalten bleiben. Hoffentlich werde die U. S. P. ihr Programm in diesem Sinne ändern und das linke Flügel der S. P. D. sich ihr anschließen. (Wut: Ist das die Einigung?) — Wenn wir unsere Forderungen nicht auf dem Wege der Idee erreichen können, dann orientieren wir wieder, dann kommt die neue Revolution. (Lebhafter Beifall einer Minderheit.)

Ein Delegierter der U. S. P. erklärt, Böbbke habe nicht im Namen seiner Partei gesprochen und seine Ausführungen entsprechen nicht dem Standpunkt der Partei. (Lebhafter Beifall.) Die weitere Verhandlung wurde auf Montag vertagt.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Die am Sonntag tagende Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsabteilung Berlin, in den Konföderationssaal hatte sich zunächst mit einem Einspruch gegen die Entsendung Emil Barths zum Gewerkschaftskongress zu beschäftigen, da derselbe durch die letzten Vorgänge kompromittiert sei. Es wurde daraufhin eine Erklärung Barths verlesen, daß er die Delegation ablehne. Nachdem erfolgte die Wahlung von Minquith als Beamter und die Einsetzung einer Prüfungskommission für die Aufstellung einer weiteren Delegation. Hiernach nahm die Generalversammlung Stellung

zur abgeleiteten Beitragsberechnung.

Nach wie in seinem Referat nach, daß die Ortsverwaltung erst nach genauer Prüfung der Kassenerhaltung zu dem Ergebnis einer Beitragsberechnung gekommen sei. Durch die anhaltende Teuerung sei es unmöglich geworden, die Gewerkschaft ohne eine Beitragsberechnung zu führen. Hierin liegt ein Verstoß der engeren Ortsverwaltung vor, der legt, daß die engere Ortsverwaltung die Klärung als ein Richtmaßnahme zum Beitragsberechnung und glaubt, für eine im Interesse der Mitgliedschaft liegende Weiterführung der Gewerkschaft die Garantie nicht mehr übernehmen zu können. Die Ortsverwaltung stellt als diesem Grunde der Generalversammlung ihre Konten zur Verfügung. Dredow stellt im Namen der mittleren Ortsverwaltung mit, daß sie sich ebenfalls der Klärung der engeren Ortsverwaltung anschließen möchte und fordert nochmalige betriebliche Klärung. In der Diskussion wird bemängelt, daß die Mitglieder über die Beitragsberechnung nicht genügend aufgeklärt worden seien; es empfiehlt sich daher, nochmals eine Klärung vorzunehmen. 20-30 hochliegende Beiträge werden der Ortsverwaltung als Material überwiesen und der Antrag der Ortsverwaltung auf nochmalige Klärung angenommen. Nachdem folgende

